



BUNDESWEHR

ÜbwStÖffRechtIAufgSanDstBw West
Andernacher Straße 100, 56070 Koblenz

Verteiler

Aktenzeichen	Ansprechpartner	Telefonnummer	E-Mail	Datum
Az 42-31-15	OSTVet Kallenbach	90- 4400-67306 0261-896-67306	uebwstoerawestabtiivetwes@bundeswehr.org	25.09.2024

Amtliche Bekanntmachung der Überwachungsstelle für öffentlich-rechtliche Aufgaben des Sanitätsdienstes der Bundeswehr (ÜbwSt) West Abteilung III Veterinärwesen

2. Änderung der Tierseuchenallgemeinverfügung vom 24.06.2024 zur Erkennung und Vorbeugung der Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) nach der Verordnung (EU) 2016/429 zu Tierseuchen („Tiergesundheitsrecht“) sowie der Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest und die Afrikanische Schweinepest (Schweinepest-Verordnung) für Liegenschaften der Bundeswehr im Zuständigkeitsbereich der Überwachungsstelle für öffentlich-rechtliche Aufgaben des Sanitätsdienstes der Bundeswehr West Abteilung III Veterinärwesen

Hiermit wird die 1. Änderung der Tierseuchenallgemeinverfügung vom 24.06.2024 aufgehoben, da der Pionierübungsplatz REFFENTHAL, Franz-Kirrmeier-Straße, 67346 SPEYER und die Standortschießanlage WACKERNHEIM, Ober-Olmer Straße, 55263 INGELHEIM aus dem Geltungsbereich genommen werden und der Standortübungsplatz SPEYER, Am Ameisenberg, 67346 SPEYER (inkl. Pionierübungsplatz Land SPEYER) dem Geltungsbereich hinzugefügt wurde.

Gleichzeitig werden mit dieser zweiten Änderung der Tierseuchenallgemeinverfügung die Anordnungen wie folgt aufrechterhalten:

I: Geltungsbereich

Aufgrund des Art. 170 Abs. 1 VO (EU) 2016/429 i. V. m. Art. 70 Abs. 1, lit. b) und § 3a S. 1 Nr. 2, 3, 4, 5 HS. 1 und HS. 2 der Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest und die Afrikanische Schweinepest (Schweinepest-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 2020 (BGBl. I S. 1605), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. November 2020 (BAnz AT 09.11.2020 V1) geändert worden ist sowie Artikel 2 Absatz 1 Nr. 3 und Abs. 2 des Gesetzes über den gesundheitlichen Verbraucherschutz und das Veterinärwesen (GVVG) vom 24. Juli 2003 (GVBl. S. 452, 752, BayRS 2120-1-U/G), das zuletzt durch § 1 Abs. 29 der Verordnung vom 4. Juni 2024 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, handelnd gemäß § 28 Abs. 1 Tiergesundheitsgesetz (TierGesG) i. V. m. der AR A-840/12, Nr. 107 und 212, AR A-843/1, Nr. 101, 501 und AR A1-



**ÜBERWACHUNGSSTELLE
FÜR ÖFFENTLICH-
RECHTLICHE AUFGABEN
DES SANITÄTSDIENSTES
DER BUNDESWEHR WEST**

Abteilung III
Veterinärwesen
Andernacher Straße 100
56070 Koblenz
Tel. +49 (0) 261 896-67303
Fax +49 (0) 261 896-67390

WWW.BUNDESWEHR.DE



BUNDESWEHR

843/6-4000, Nr. 204, ergehen für die nachfolgend aufgeführten militärischen Liegenschaften, Truppenübungsplätze (TrÜbPl) und Standortübungsplätze (StOÜbPl)

1. Munitionslager KÖPPERN, Waldbahn 1, 61191 Rosbach v. d. Höhe
2. Standortübungsplatz STADTALLENDORF, An der Panzerstraße 36320 KIRTORF
3. Truppenübungsplatz BAUMHOLDER, 55774 BAUMHOLDER
4. Standortübungsplatz GERMERSHEIM, Germersheimer Düne, 76726 GERMERSHEIM
5. Munitionslager NORTH POINT, KRIEGSFELD Wasenbacher Höhe, 67819 KRIEGSFELD
6. Standortübungsplatz SPEYER, Am Ameisenberg, 67346 SPEYER
7. Pionierübungsplatz Land SPEYER, 67346 SPEYER

folgende Anordnungen.

Die kartographische Darstellung der Liegenschaften und damit des Geltungsbereiches der Anordnungen sind den Abbildungen 1 bis 6 im Anhang zu entnehmen.

II.

Anordnungen für die oben genannten Gebiete:

Zur Erkennung und Vorbeugung der Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen haben die zuständigen Jagdausübungsberechtigten für o.g. Gebiete (hier: Bundesforstbetriebe (BFB) RHEIN-MOSEL und SCHWARZENBORN bzw. von den Bundesforstbetrieben beauftragte Personen):

- 1) jedes verendet aufgefundene Wildschwein (Fallwild und Unfallwild) und krankheitsauffällig erlegte Wildschwein unverzüglich unter Angabe des Fund-/Erlegeortes der Überwachungsstelle für öffentlich-rechtliche Aufgaben des Sanitätsdienstes der Bundeswehr (ÜbwSt) West Abteilung III Veterinärwesen anzuzeigen,
- 2) jedes gesund erlegte Wildschwein unverzüglich mit einer Wildmarke und Wildursprungsschein und jedes verendet aufgefundene bzw. krankheitsauffällig erlegte Wildschwein nach näherer Anweisung der zuständigen Behörde zu kennzeichnen,
- 3) von jedem gesund erlegten, verunfallten oder verendet aufgefundenem Wildschwein unverzüglich eine EDTA-Blutprobe zur Untersuchung auf Afrikanische Schweinepest zu entnehmen, diese Probe ist zu kennzeichnen und zusammen mit dem ausgefüllten Begleitschein zur virologischen und serologischen Untersuchung auf Afrikanische Schweinepest dem Zentralen Institut des Sanitätsdienstes der Bundeswehr Kiel (ZInstSanBw Kiel) Abteilung C Tiergesundheit, Kopperpahler Allee 120, 24119 KRONSHAGEN zuzuführen (telefonische Absprachen per 0431-5409-1687/-1661) sowie die Georeferenzdaten des Fund- bzw. Erlegungsortes zu übermitteln. Probenentnahmematerial kann durch das ZInstSanBw KIEL auf Anfrage bereitgestellt werden.
- 4) den Tierkörper jedes gesund erlegten Wildschweins nach Nr. II. 3.) dieser Allgemeinverfügung nach näherer Anweisung der zuständigen Behörde der Wildkammer des jeweiligen Jagdausübungsberechtigten bzw. der für den Einzelfall von der zuständigen Behörde konkret benannten Stelle zuzuführen. Ein Inverkehrbringen des Wildbrets von erlegten Wildschweinen darf erst nach Vorlage des negativen Untersuchungsbefundes nach Nr. II. 3) dieser Allgemeinverfügung erfolgen. Die Befundmitteilung an den Jagdausübungsberechtigten erfolgt durch ÜbwSt West Abt III VetWes.
- 5) den Aufbruch jedes gesund erlegten Wildschweines unschädlich zu beseitigen.



**III.
Sofortige Vollziehung**

Die sofortige Vollziehung der Ziffern II 1 bis II 5 dieser Allgemeinverfügung wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO angeordnet, sofern die sofortige Vollziehung nicht bereits kraft Gesetzes, gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 3 VwGO i. V. m. § 37 TierGesG, gilt.

**IV.
Zuständigkeit**

Die Anordnung der Maßnahmen obliegt der ÜbwSt West Abt III.

**V.
Inkrafttreten und zeitliche Befristung**

Diese Tierseuchenallgemeinverfügung tritt mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag in Kraft und gilt bis auf Widerruf.

**VI.
Kostenentscheidung**

Für diese Allgemeinverfügung werden keine Kosten erhoben.

**VII.
Begründung:**

I. Sachverhalt

Bei der Afrikanischen Schweinepest (ASP) handelt es sich um eine virusbedingte, hochansteckende und schwerwiegende Allgemeinerkrankung der Haus- und Wildschweine.

Sie ist in vielen Ländern verbreitet und in ihrer klassischen Verlaufsform durch eine hohe Sterblichkeitsrate gekennzeichnet. Hauptüberträger der Seuche sind virusausscheidende Schweine.

Das Auftreten der ASP kann auf Grund der klinischen Symptome, der Leistungseinbußen und hoher Tierverluste in den betroffenen Betrieben zu großen wirtschaftlichen Schäden führen. Die strengen Handelsbeschränkungen, die auf Grund des Auftretens der Afrikanischen Schweinepest jedoch auch für die umliegenden, nicht von der Krankheit betroffenen Betriebe verhängt werden, führen zu enormen wirtschaftlichen Verlusten für die gesamte Region.

Für Liegenschaften der Bundeswehr würden Nutzungseinschränkungen die Folge sein, welche insbesondere in Bezug auf Truppenübungsplätzen gravierende, militärisch gesehen inakzeptable Folgen für die Auftrags Erfüllung der Streitkräfte hätten.

Die frühzeitige Erkennung eines Falles von Afrikanischer Schweinepest ist daher von essentieller Bedeutung um mit tierseuchenrechtlichen Maßnahmen die Ausbreitung zu verhindern und die Nutzungseinschränkungen zu minimalisieren / zu verhindern.



BUNDESWEHR

Mit dem am 15.06.2024 festgestellten ASP-Ausbruch bei einem Wildschwein und in der Folge weit über 100 weiteren positiv getesteten Tieren (Stand 25.09.2024) im Landkreis GROß-GERAU ist mit HESSEN neben SACHSEN, BRANDENBURG, MECKLENBURG-VORPOMMERN, NIEDERSACHSEN, BADEN-WÜRTTEMBERG und RHEINLAND-PFALZ das siebte Bundesland betroffen.

Vor dem Hintergrund dieses Ausbruches der ASP und der räumlichen Nähe zu den oben genannten, im Sinne der Streitkräfteaufgaben uneingeschränkt nutzbaren Liegenschaften / Plätzen der Bundeswehr, hat sich die ÜbwSt West dazu entschieden in ihrem Zuständigkeitsbereich einer weiteren Ausbreitung des dynamischen Infektionsgeschehens durch Anordnung von tierseuchenrechtlichen Maßnahmen präventiv zu begegnen.

Es werden mit der vorliegenden Allgemeinverfügung Maßnahmen zum Schutz vor der ASP für das Munitionslager KÖPPERN, den Standortübungsplatz Stadtallendorf, den Truppenübungsplatz BAUMHOLDER, den Standortübungsplatz GERMERSHEIM, das Munitionslager NORTH POINT KRIEGSFELD und den Standortübungsplatz SPEYER (inkl. Pionierübungsplatz Land SPEYER) angeordnet.

Die Einschleppung der ASP in die Wildschweinpopulation erfolgt auch durch die Aufnahme kontaminierter Lebens- oder Futtermittel durch Wildschweine. Um die Gefahr einer Verbreitung auf diesem Weg soweit als möglich auszuschließen, ist das Wildbret von erlegten Wildschweinen erst nach Vorliegen eines negativen virologischen Untersuchungsbefundes in Verkehr zu bringen. Damit wird eine aufwändige Rückverfolgung nach Vorliegen eines positiven ASP-Befundes nicht erforderlich und eine unkontrollierte Ausbreitung verhindert.

Durch die unschädliche Beseitigung des Aufbruchs wird dem Aufbau einer potentiellen Infektionskette entgegengewirkt und damit einer weiteren Verschleppung vorgebeugt.

Die Allgemeinverfügung erfolgt, um die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest frühzeitig zu erkennen und damit den Eintritt der negativen Folgen für die uneingeschränkte Nutzbarkeit der Bundeswehrliegenschaften / Plätze zu minimieren bzw. zu verhindern.

II. Rechtliche Würdigung

Aufgrund § 28 Abs. 1 TierGesG i. V. m. der Allgemeinen Regelung (AR) A-843/1 „Tiergesundheit“ und der Nr. 204 der AR A1-843/6-4000 „Tierseuchenbekämpfung“ obliegt im Bereich der Bundeswehr die Durchführung dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften den zuständigen Stellen der Bundeswehr. Für den Bereich West ist aufgrund der Bestimmungen über die Durchführung des Tiergesundheitsgesetzes im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung die ÜbwSt West Abt III die örtlich und sachlich zuständige Stelle.

Zu I: Geltungsbereich:

Art. 170 Abs. 1 VO (EU) 2016/429 i. V. m. Art. 70 Abs. 1, lit. b) und § 3a S. 1 Nr. 2, 3, 4, 5 HS. 1 und HS. 2 der Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest und die Afrikanische Schweinepest (Schweinepest-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 2020 (BGBl. I S. 1605), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. November 2020 (BAnz AT 09.11.2020 V1) geändert worden ist, ermöglichen der zuständigen Behörde die Anordnung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Einschleppung bzw. zur Früherkennung der Afrikanischen Schweinepest für ein jeweils von ihr bestimmtes Gebiet.

Diese Gebiete sind:

1. Munitionslager (MunLgr) KÖPPERN (WETTERAUKREIS)
2. Standortübungsplatz STADTALLENDORF (Landkreis MARBURG-BIEDENKOPF)
3. Truppenübungsplatz BAUMHOLDER (Landkreis BIRKENFELD)
4. Standortübungsplatz GERMERSHEIM (Landkreis GERMERSHEIM)
5. Munitionslager NORTH POINT, KRIEGSFELD (DONNERSBERGKREIS)
6. Standortübungsplatz SPEYER (RHEIN-PFALZ-KREIS)
7. Pionierübungsplatz Land SPEYER (RHEIN-PFALZ-KREIS)

Diese Anordnungen sind an die zuständigen Jagdausübungsberechtigten adressiert.
Die hier angeordneten Maßnahmen beziehen sich auf die o.g. Liegenschaften.

Zu II. 1-5 Anordnungen

Nach Art. 70 Abs. 1 lit. b) i. V. m. Abs. 2 der Verordnung (EU) 2016/429 und § 3a S. 1 Nr. 2, 3, 4, 5 HS. 1 und HS. 2 der Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest und die Afrikanische Schweinepest (Schweinepest-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 2020 (BGBl. I S. 1605), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. November 2020 (BAnz AT 09.11.2020 V1) geändert worden ist kann die zuständige Behörde beim Auftreten einer gelisteten Seuche bei wildlebenden Tieren alle sonstigen erforderlichen, behördlichen Maßnahmen anordnen, um die weitere Ausbreitung der Seuche zu verhindern.

Die Anordnungen, wie die unverzügliche Anzeige von verendet aufgefundenen Wildschweinkadavern und krankheitsauffällig erlegten Wildschweinen sowie die Kennzeichnung jedes erlegten bzw. verendet aufgefundenen Wildschweins, deren Beprobung und Zuführung zur virologischen Untersuchung ist als mildestes Mittel, unerlässlich und angemessen, um die zur Feststellung einer Infektion mit der Afrikanischen Schweinepest notwendigen Untersuchungen durchführen und den Eintrag der Afrikanischen Schweinepest in die heimische Wildschweinpopulation möglichst frühzeitig erkennen zu können.

Begründung im Einzelnen:

Zu II. 1)

Rechtsgrundlage:

§ 3a Nr. 5 SchwPestV in Verbindung mit Art. 70 Abs. 1, lit. b) VO (EU) 2016/429

Zu II. 2)

Rechtsgrundlage:

Kennzeichnen gesund erlegter Wildschweine: § 3a Nr. 2 SchwPestV,

Kennzeichnen verendet aufgefundener Wildschweine: § 3a Nr. 5 SchwPestV

Zu II. 3)

Rechtsgrundlage:

Probenentnahme erlegter Wildschweine: § 3a Nr. 3 SchwPestV,

Probenentnahme verendet aufgefundener Wildschweine: § 3a Nr. 5 a) SchwPestV

Zu II. 4)

Rechtsgrundlage:



BUNDESWEHR

Erlegte Tierkörper zuführen: § 3a Nr. 5 b SchwPestV
Inverkehrbringen von Wildbret: Art 70 Abs. 1 lit. b) VO (EU) 2016/429

Zu II. 5)

Rechtsgrundlage:

Aufbruch unschädlich beseitigen: § 3a Nr. 4. SchwPestV

Zu III. Sofortige Vollziehung

Nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO kann die sofortige Vollziehung im besonderen öffentlichen Interesse angeordnet werden. Die Voraussetzung liegt hier vor, da die Ausbreitung der ASP und somit die Gefahr von tiergesundheitlichen wie auch wirtschaftlichen Folgen sofort unterbunden werden muss. Die Gefahr der Weiterverbreitung der Seuche und der damit verbundene wirtschaftliche Schaden sind höher einzuschätzen als persönliche Interessen an der aufschiebenden Wirkung als Folge eines eingelegten Rechtsbehelfs. Die aufschiebende Wirkung der Anfechtung der angeordneten eilbedürftigen Maßnahmen würde bedeuten, dass gegebenenfalls (im Falle einer Anfechtung) eine wirksame Bekämpfung der Tierseuche nicht mehr gewährleistet wäre. Die angeordneten Maßnahmen dienen damit dem Schutz sehr hoher Rechtsgüter. Zwar wird mit diesen Maßnahmen nicht unerheblich in wirtschaftliche und militärische Interessen eingegriffen, allerdings müssen diese Interessen hinter dem öffentlichen Interesse einer wirksamen Bekämpfung der ASP und Verhinderung einer Verschleppung in die Nutztierbestände zurückstehen.

Zu IV. Zuständigkeit

Siehe Absatz 1 der rechtlichen Würdigung.

Zu III. Inkrafttreten und zeitliche Befristung

Nach § 41 Abs. 3 Satz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) darf eine Allgemeinverfügung auch dann öffentlich bekanntgegeben werden, wenn eine Bekanntgabe an die Beteiligten untunlich ist. Dies ist vorliegend der Fall, da aufgrund der Vielzahl der betroffenen Adressaten sowie der Eilbedürftigkeit eine zeitnahe individuelle Bekanntgabe nicht möglich ist.

Gemäß § 41 Abs. 4 Satz 3 VwVfG gilt bei öffentlicher Bekanntgabe eines Verwaltungsaktes dieser zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. In einer Allgemeinverfügung kann ein hiervon abweichender Tag, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag bestimmt werden. Aufgrund der Eilbedürftigkeit wurde von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und das Inkrafttreten dieser tierseuchenrechtlichen Allgemeinverfügung einen Tag nach der ortsüblichen Bekanntmachung angeordnet.

Zu IV. Kostenentscheidung

Die Kostentscheidung beruht auf Artikel 13 des Gesetzes zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes.



Rechtsgrundlagen:

- Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“)
- Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen
- Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 der Kommission vom 16. März 2023 mit besonderen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605
- Durchführungsverordnung (EU) 2024/1661 der Kommission vom 05. Juni 2024 zur Änderung des Anhangs I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest
- Tiergesundheitsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2018 (BGBl. I S. 1938), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2852) geändert worden ist
- Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest und die Afrikanische Schweinepest (Schweinepest-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 2020 (BGBl. I S. 1605), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. November 2020 (BANz AT 09.11.2020 V1) geändert worden ist
- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 344) geändert worden ist
- Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist
- Bundesjagdgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), das zuletzt durch Artikel 291 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist

Dienstvorschriften

- Allgemeine Regelung A-843/1 Tiergesundheit, gültig seit 26.08.2021
- Allgemeine Regelung A1-843/6-4000 Tierseuchenbekämpfung gültig seit 14.07.2021
- Allgemeine Regelung A-840/12 Öffentlich – rechtliche Aufgaben in der Gesundheitsversorgung der Bundeswehr, gültig seit 09.06.2021
in der jeweils geltenden Fassung

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Überwachungsstelle für öffentlich-rechtliche Aufgaben des Sanitätsdienstes der Bundeswehr West Abteilung III Veterinärwesen, Andernacher Straße 100, 56070 KOBLENZ oder beim Kommando Sanitätsdienst der Bundeswehr – Abteilung IV Veterinärwesen-, von-Kuhl-Straße 50, 56070 KOBLENZ erhoben werden.

Hinweise

Gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3. und Nr. 4 VwGO hat der Widerspruch keine aufschiebende Wirkung. Daher sind trotz eines eingelegten Widerspruchs die in der Allgemeinverfügung benannten Verpflichtungen unverzüglich zu befolgen.



BUNDESWEHR

Gemäß § 80 Abs. 5 der VwGO kann das Verwaltungsgericht München im Falle des § 37 des TierGesG die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen und im Falle des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 der VwGO ganz oder teilweise wiederherstellen.

Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen diese Tierseuchenallgemeinverfügung können gemäß § 32 Abs. 2 Nr. 3 und 4 TierGesG i. V. m. § 25 Schweinepest-Verordnung als Ordnungswidrigkeit geahndet werden und mit einer Geldbuße bis zu 30.000,00 € belegt werden.

Koblenz, den 16.07.2024

Im Auftrag

F. Bonacker
Oberfeldveterinär





BUNDESWEHR

Verteiler:

Im Intranet und Internet über PIZ Sanitätsdienst

per E-Mail:

Landeskommando HESSEN

Landeskommando RHEINLAND-PFALZ

Kasernenkommandant Munitionslager KÖPPERN

Kasernenkommandant Herrenwald-Kaserne STADTALLENDORF

Truppenübungsplatzkommandantur BAUMHOLDER

Kasernenkommandant Munitionslager KRIEGSFELD

Kasernenkommandant Südpfalz-Kaserne GERMERSHEIM

Bundesforstbetrieb (BFB) RHEIN-MOSEL (BF-rhm@bundesimmobilien.de)

Bundesforstbetrieb (BFB) SCHWARZENBORN (BF-sb@bundesimmobilien.de)

Bundeswehrdienstleistungszentrum STADTALLENDORF

Bundeswehrdienstleistungszentrum IDAR-OBERSTEIN

Bundeswehrdienstleistungszentrum ZWEIBRÜCKEN

nachrichtlich:

Kommando Sanitätsdienst der Bundeswehr Unterabteilung IV

Leiter Überwachungsstelle West

Zentrale Bundesforst (BF-pa@bundesimmobilien.de)

Zentrales Institut des Sanitätsdienstes der Bundeswehr Abteilung C

Veterinäramt WETTERAUKREIS

Veterinäramt MARBURG-BIEDENKOPF

Veterinäramt BIRKENFELD

Veterinäramt GERMERSHEIM

Veterinäramt DONNERSBERGKREIS

Veterinäramt RHEIN-PFALZ-KREIS



BUNDESWEHR

Anhang:

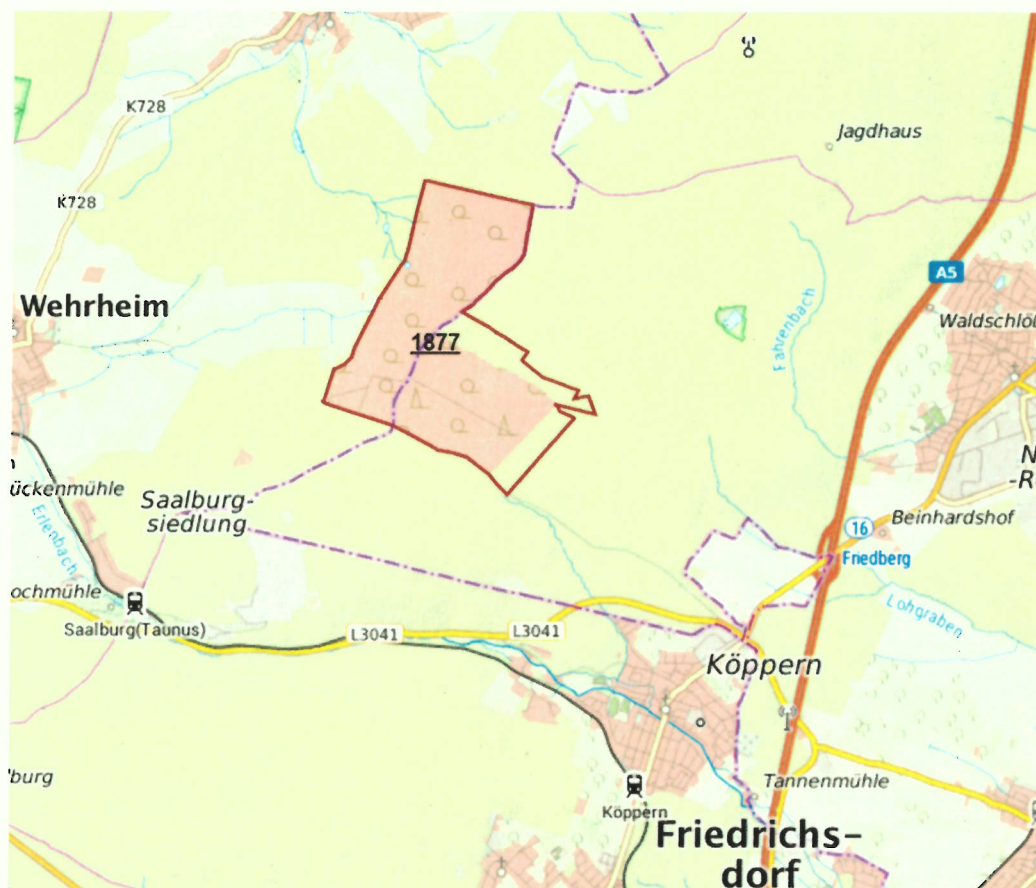


Abb. 1: Munitionslager KÖPPERN, Liegenschaftsgrenzen rot umrandet



BUNDESWEHR



Abb. 2: StÜbPl KIRTORFER ACKER, STADTALLENDORF Liegenschaftsgrenzen grün umrandet



Abb.3: TrÜbPI BAUMHOLDER, Liegenschaftsfläche blau unterlegt



Abb. 4: StÜbPI GERMERSHEIM, Liegenschaftsgrenzen rot umrandet (Nr. 2138)



BUNDESWEHR

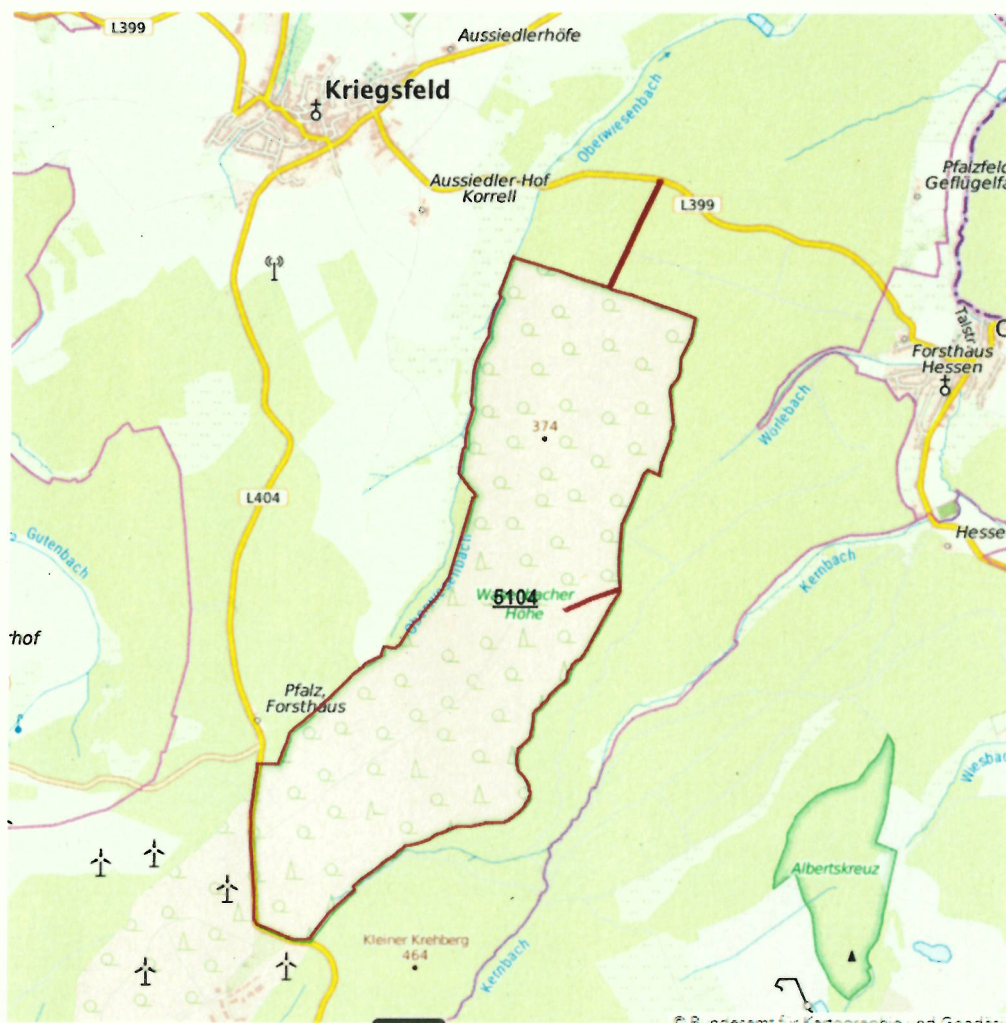


Abb. 5: Munitionslager KRIEGSFELD, Liegenschaftsgrenzen rot umrandet



BUNDESWEHR

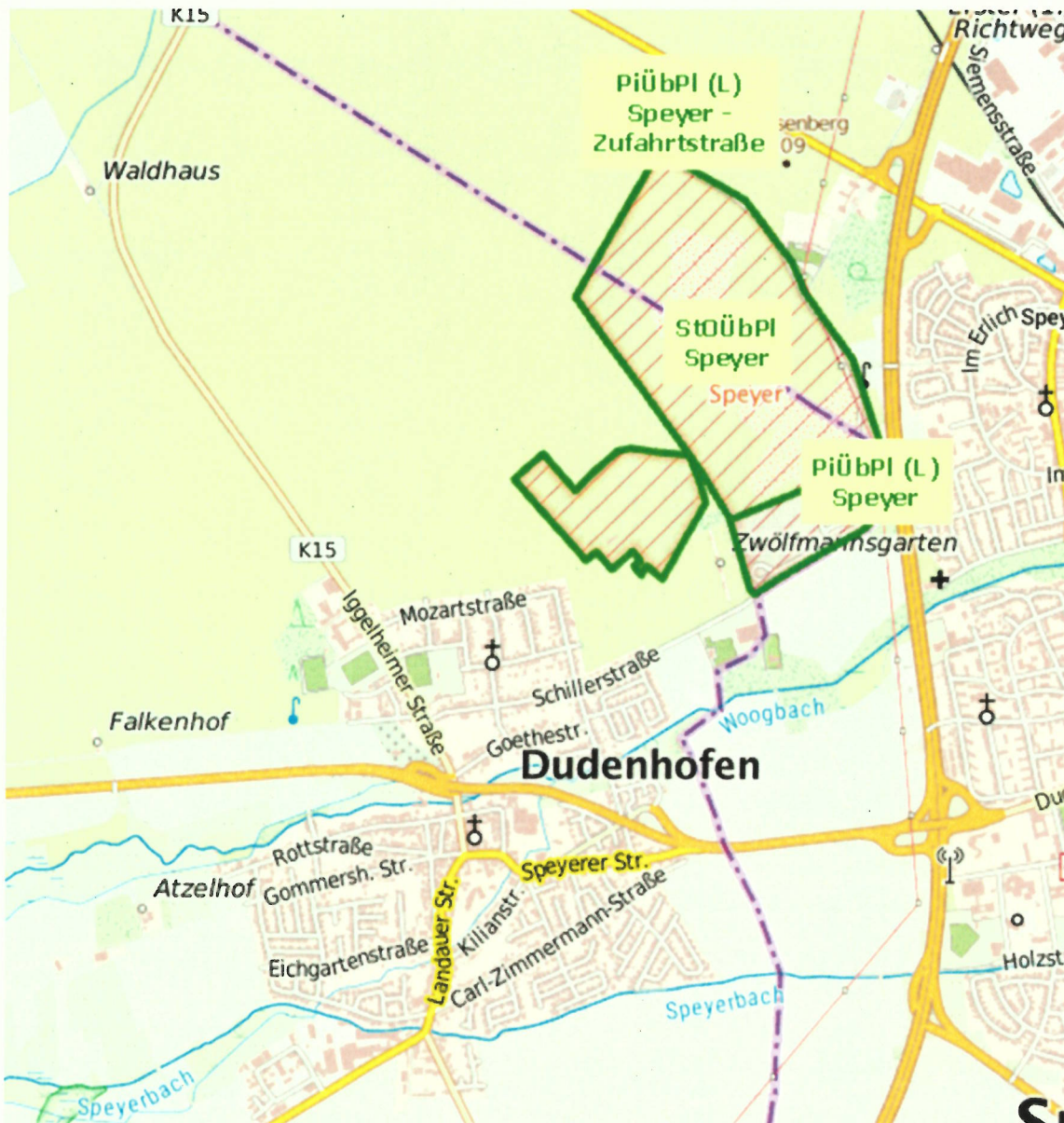


Abb. 6: StÜbPl SPEYER Pionierübungsplatz (Land) SPEYER, Liegenschaftsgrenzen grün umrandet